



# Safety first !

## Synchronisierung des Schutzes vor Gewalt für Frauen und Kinder

Tagung an der Fachhochschule Frankfurt a.M.  
Mittwoch, 27. 02. 2013

Susanne Nothhafft



## Inhalte

- 10 Jahre Gewaltschutzgesetz
- Kinder als Betroffene und Opfer „Häuslicher Gewalt“
- Schutzlücke 1: eigenständige RGrundlage für effektiven Schutz
- Schutzlücke 2: Umgangsrecht
- Dilemma: konkurrierende Leitbilder
- Wohin geht der Weg?
  - Mehr §§ 1666, 1666a ?  
direkte Anwendung des GewSchG!
  - Safety first! im Rahmen des Umgangsrechts
- Sind wir damit in guter Gesellschaft?
  - Australien
  - Istanbul-Konvention des Europarats
  - UN Konventionen (Cedaw, CRC)



# Das Gewaltschutzgesetz

Am **01.01.2002** ist das **Gewaltschutzgesetz** in Kraft getreten. Von „Häuslicher Gewalt“ bedrohte und misshandelte Frauen bekamen damit erstmals die Möglichkeit durch die gerichtliche Anordnung einer Wohnungszuweisung, eines Kontaktverbotes oder ähnlichem zeitnah und konkret Schutz vor den Übergriffen des misshandelnden Partners zu erlangen.

Dort, wo die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Familiengerichten und parteilichen Frauen-Beratungsstellen im Sinn eines Hilfenetzwerkes etabliert ist, können Frauen so effektiv vor weiterer Gewalt geschützt werden.

- Beweislastumkehr
- Schutzanordnungen im Eilverfahren
- Strafbewehrung der Schutzanordnungen (Polizei)



## Und die Kinder?

- In den Jahren der Arbeit an der praktischen Umsetzung des GewSchG und der Verbesserung der Hilfestrukturen für die von Gewalt betroffenen Frauen wurden natürlich auch die Kinder in den Blick genommen, die miterleben müssen, wie ihre Mütter misshandelt werden.
- Spezifische Unterstützungs- u. Beratungsangebote
- Zahlreiche nationale wie internationale Studien weisen nach, dass das (Mit)Erleben „Häuslicher Gewalt“ eine klare Form der Kindeswohlgefährdung darstellt und die Kinder in den Folgen ebenso zu Gewaltopfern macht wie ihre Mütter.
- Zudem bleiben Kinder misshandelnder Väter oder Partner selten nur mittelbare Opfer dieser Gewalt, sondern werden häufig selbst auch unmittelbares Opfer psychischer oder physischer Misshandlung durch den Vater oder Partner der Mutter. (Überlappungsrate)

# Das Dilemma: konkurrierende Leitbilder

## **Gewaltfreiheit in der Familie**

Ächtung v. Erz.gewalt (2000)

Gewaltschutzgesetz (2002)

KinderrechteverbG (2002)

## **Fortsetzung einer kooperativen Elternschaft nach Trennung**

KindRG (1998)

Gesetz zur Erleichterung

fam.ger. Maßnahmen (2008)

FGG RG / FamFG (2009)

## **Kinderschutz**

KICK / § 8a SGB VIII (2005)

BKiSchG, KKG (2012)

# Schutzlücke 1: Eigenständiger rechtlicher Schutz vor Gewalt ?

## **GewSchG ?**

Art. 1 § 3 GewSchG

für von „Häuslicher Gewalt“ (mit)betroffene Kinder sind die Regelungen des Kindschaftsrechts (§§ 1666 ff BGB) vorrangig!

## **Kinderrechteverbesserungsgesetz ! (KinderRVerbG, 2002):**

**§§ 1666, 1666a BGB** – als Parallelregelung zum GewSchG

☹ Wird von den FamG kaum angewendet!

Die Kinder tauchen in der Praxis nur mittelbar, über Verweisnormen auf: z.B. muss das Jugendamt benachrichtigt und angehört werden, wenn Kinder in einem Haushalt leben, für den eine Wohnungszuweisung nach § 2 GewSchG ergeht (§§ 212 - 213 FGG).



## Schutzlücke 2: Umgangsrecht

Ein Kontaktverbot nach dem GewSchG kann praktisch nicht ohne eine gleichzeitige Regelung des Umgangs getroffen werden, da der Misshandler sonst immer „**berechtigte Gründe**“ **hat, das Kontaktverbot zu brechen**, um z.B. den Umgang einzufordern oder zu organisieren.

In der Realität fordern zudem misshandelnde Partner, die Väter sind, gerade in der Trennungsphase ihr Umgangsrecht auch vehement ein. Dies dient ihnen oft als Vehikel, um Zugänge zur Familie zu erlangen und so weiter Kontrolle über die Partnerin auszuüben. Dadurch besteht die Gefahr, dass **Gewaltmuster** – auch nach der Trennung vom Misshandler - **prolongiert** werden.

Verstärkt wird diese Problematik durch das im FamFG verankerte **Beschleunigungsgebot**, das insbesondere für Kindschaftsachen (also auch Umgangsverfahren) gilt, paradoxerweise nicht aber für Verfahren in Gewaltschutzsachen oder zum Unterhalt.

BVerfGE v. 01.04.2008

1 BvR 1620 / 04,



„Das Kind hat eine eigene Würde und eigene Rechte. Als Grundrechtsträger hat es Anspruch auf den Schutz des Staates und die Gewährleistung seiner grundrechtlich verbürgten Rechte. Eine Verfassung, die die Würde des Menschen in den Mittelpunkt ihres Wertesystems stellt, kann bei der Ordnung zwischenmenschlicher Beziehungen grundsätzlich niemandem Rechte an der Person eines anderen einräumen, die nicht zugleich pflichtgebunden sind und die Menschenwürde des anderen respektieren. Dies gilt auch für die Beziehung zwischen einem Elternteil und seinem Kind. Das Elternrecht dem Kinde gegenüber findet seine Rechtfertigung darin, dass das Kind des Schutzes und der Hilfe bedarf, damit es sich zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit innerhalb der sozialen Gemeinschaft entwickeln kann, wie sie dem Menschenbild des GG entspricht. Dieses Recht ist untrennbar mit der Pflicht der Eltern verbunden, dem Kind diesen Schutz und diese Hilfe angedeihen zu lassen. Dabei bezieht sich diese Pflicht nicht lediglich auf das Kind, sie besteht gegenüber dem Kind. Denn das Kind ist nicht Gegenstand elterlicher Rechtsausübung, es ist **Rechtssubjekt und Grundrechtsträger, dem Eltern schulden, ihr Handeln an seinem Wohl auszurichten.**“ FamRZ 9 / 2008. S. 845 – 853, S. 848



# Wohin geht der Weg?



- zu 1: Für ein eigenständiges GewaltschutzRecht für Kinder:  
Vom Rechtsobjekt zum Rechtssubjekt!
  
- zu 2: Von der kooperativen Elternschaft um jeden Preis  
zum Vorrang des Schutzes vor Gewalt: Safety first!



## Mehr §§ 1666, 1666a BGB ?

Die Kinderschutzverfahren nach § 1666 ff BGB intendierten – insbesondere nach der Novellierung durch das „Gesetz zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohles“ vom 1.07.2008 – **kooperative, inklusive Verfahren** mit frühzeitiger Elternbeteiligung und einer niederschweligen Verantwortungsgemeinschaft zwischen Jugendamt und Familiengericht.

Sie wahren streng den **Verhältnismäßigkeitsgrundsatz** im Hinblick auf die Eingriffstiefe ins Elternrecht. Diese kleinschrittigen und zeitintensiven Verfahrenweisen sind zutreffend gedacht für die klassischen Kinderschutzfälle (Kindesvernachlässigung, -misshandlung durch beide Elternteile) – stossen aber an ihre Grenze bzw. können **kontraindiziert** sein in Fällen „**Häuslicher Gewalt**“.



- Eine Nichtbeteiligung des misshandelnden Elternteils ist nur anzunehmen, wenn das Kindeswohl durch das „übliche“ setting gefährdet wird (Regelfälle: sexualisierte Gewalt).
- Ein **Eilverfahren** in Gewaltschutzsachen, wie es das GewSchG ermöglicht, ist bei von „Häuslicher Gewalt“ betroffenen Kindern im Rahmen des § 1666a BGB **schwer durchsetzbar**. (Regelfall: Fremdunterbringung bei akuter Kindeswohlgefährdung)
- Zudem **fehlt** im § 1666 ff BGB eine Regelung, die der im GewSchG verankerten **Beweislastumkehr** vergleichbar ist. Diese ist aber für einen unverzüglich greifenden Schutz – und Sicherheitsplan unerlässlich.
- Auch unterfallen Verstöße gegen Schutzanordnungen nach §§ 1666, 1666a BGB **nicht** der **strafrechtlichen Ahndung** wie es Art. 4 GewSchG vorschreibt.



- Insgesamt ist daher der **Schutz der von „Häuslichen Gewalt“ (mit)betreffenen Kinder durch die §§ 1666, 1666a BGB** – auch wenn sie denn angewendet würden – **unzureichend** und der Dynamik und den besonderen Schutzbedarfen bei „Häuslicher Gewalt“ **nicht angemessen.**
- Kinder in **Patchwork-Familien** werden ungleich behandelt!  
(leibl. Kinder: §§ 1666, 1666a BGB – Stiefkinder: GewSch)
- Eine solche **faktische Schlechterstellung** der von „Häuslicher Gewalt“ (mit)betreffenen **Kinder** gegenüber den von „Häuslicher Gewalt“ betroffenen Frauen verstößt aber nicht nur gegen den Grundsatz auf **gewaltfreie Erziehung aus § 1631 Abs.2 BGB**, sondern und vor allem gegen die Grundrechte auf **Gleichbehandlung in Art. 3 GG** und **Körperliche Unversehrtheit in Art. 2 GG.**



Deshalb ist ein **effektiver Schutz von durch „Häusliche Gewalt“ (mit)betreffenden Kinder** nur durch eine **direkte Anwendung des GewSchG** auch für sie zu ermöglichen:

**Art.1 § 3 GewSchG ist ersatzlos zu streichen.**

Im Weiteren:

- §§ 1666, 1666a bleiben bestehen (klassischer Kinderschutz etc.)
- Ergänzung des § 158 II FamFG – Verfahrenspfleger:  
z.B. „...Nr. 6: In Verfahren nach dem GewSchG“
- ....
- ....
- ....



## Hauptanliegen der FGG Reform: Einvernehmen und Umgang?

- Verschärfung der Sanktionsmöglichkeiten bei der Vollstreckung von Kindesumgangsentscheidungen: Einführung von Ordnungsgeld und –haft bei Missachtung gerichtlicher Umgangsregelungen
- Beschleunigung von Umgangs- und Sorgeverfahren: Einführung einer obligatorischen, kurz bemessenen Frist (ein Monat) zur Durchführung eines ersten Termins, um längere Umgangsunterbrechungen zu vermeiden; Förderung der gütlichen Einigung der Eltern über das Umgangs- und Sorgerecht
- Einführung des Umgangspflegers zur Erleichterung der Durchführung des Umgangs in Konfliktfällen (neu: 1684 III BGB)

**Regierungsentwurf BT Drs. 16 / 6308**

## § 1626 Abs. 3 Satz 1 BGB:

*Zum Wohl des Kindes gehört in der Regel der Umgang mit beiden Elternteilen.*

Zwischenruf:

Quintessenz der nationalen und internationalen  
Scheidungsforschung :

Nicht der Umgang selbst bzw. dessen Quantität, sondern  
seine Art und Qualität sind das Entscheidende.



Die entscheidenden Faktoren für das Wohlergehen des Kindes:

- Qualität der Versorgung durch den Betreuungselternteil
- materielle Situation in diesem Haushalt
- Kein fremdbestimmter Umgang / Umgangszwang

Nur die Kinder hatten auf Dauer jeden Kontakt zum Vater abgebrochen, die gerichtlich zum Umgang gezwungen worden waren. Alle, die nach der Trennung der Eltern keinen Kontakt zum Vater hatten, haben diesen in der Jugend oder als junge Erwachsene wieder aufgenommen  
(Wallerstein)



Safety first!  
Der Schutz von Frauen und Kindern  
vor Gewalt muss in allen Verfahren  
Vorrang haben!



**Vorrang** von Gewaltschutzsachen vor Kindschaftssachen!

Umfängliche **Definition von Gewalt in der Familie im  
Gesetzestext**

**Sicherheit des Kindes und der Frau als vordringliches  
Kriterium** bei der Kindeswohlprüfung

**Kein Kooperationszwang** mit gewalttätigem Ex-Partner

# Sind wir dabei in guter Gesellschaft?

Australien

## ***Family Law Legislation Amendment Act 2011***

History:

### **Family Law Amendment Act 2006 (Shared Parental Responsibility)**

Some key changes:

- a presumption of equal shared parental responsibility when making a parenting order
- ensuring children have the benefit of both of their parents having a meaningful involvement in their lives, to the maximum extent consistent with the best interests of the child
- a mandatory requirement for the court to consider equal time or substantial and significant time arrangements, where it makes an order for equal shared responsibility



## Some findings in the social science research about shared care, Australia 2006 - 2010

Many of the social science reports published acknowledged that:

- children who had rigid parenting schedules expressed the greatest level of unhappiness
- children who felt they had some say in the arrangements were happier with the arrangements than those who had not
- children who were not happy with the share arrangements pointed to the **difficulties of living unsupervised with the parent who was unpredictable or violent**. They were **frustrated that their safety concerns had not been listened to**.
- detrimental outcomes were identified for infants under the age of two: they had higher irritability than infants in primary residence arrangements

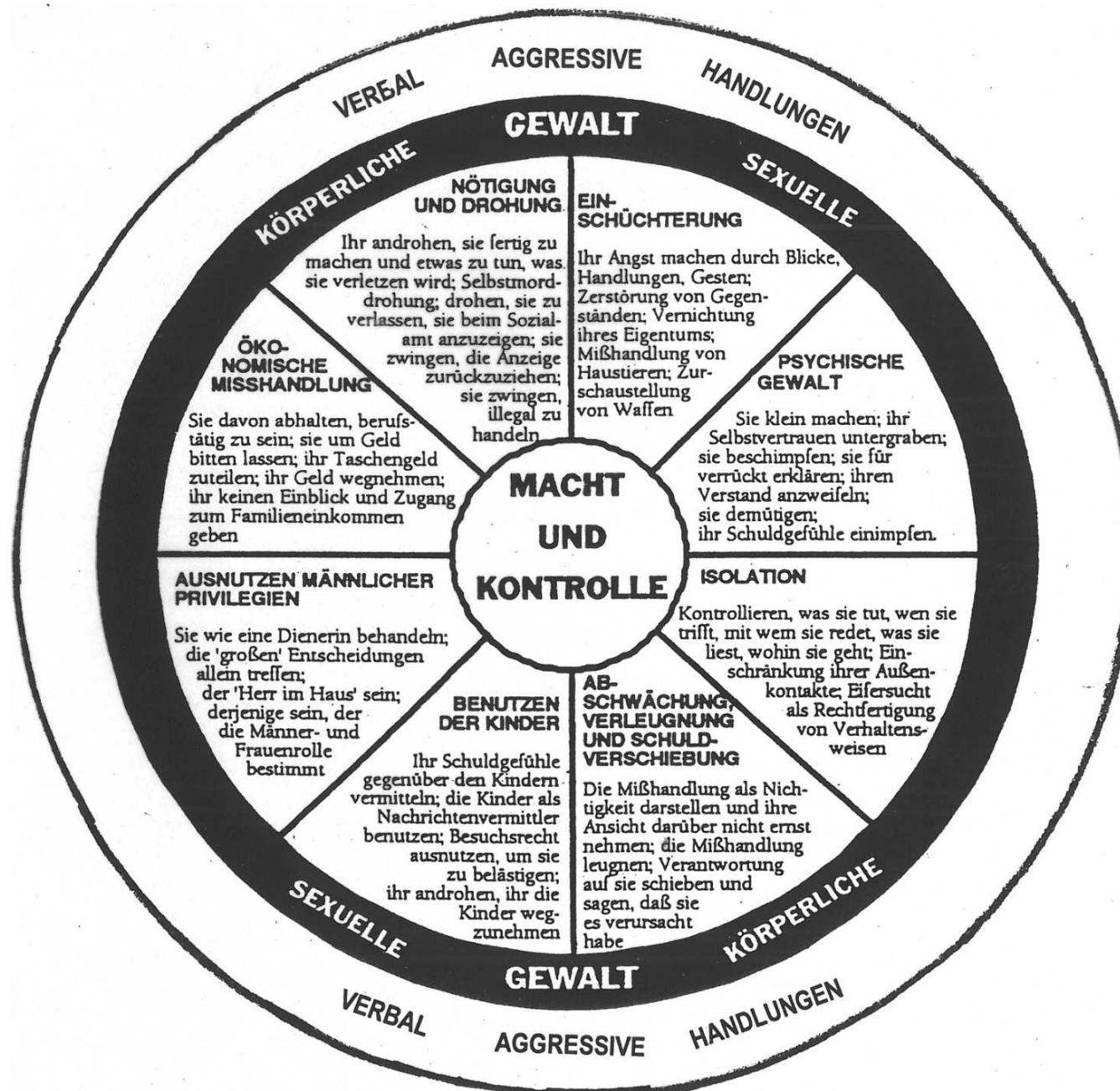
# Key changes Family Law Act 2011 (into effect 7 June 2012)

→ Broaden the definition of „family“ violence“

- (1) For the purposes of this Act, **family violence** means violent, threatening or other behaviour by a person that coerces or controls a member of the person's family (the **family member**), or causes the family member to be fearful. (≠ reasonable)
- (2) Examples of behaviour that may constitute family violence include  
(but are not limited to):
  - (a) an assault; or
  - (b) a sexual assault or other sexually abusive behaviour; or
  - (c) stalking; or
  - (d) repeated derogatory taunts; or



- (e) intentionally damaging or destroying property; or
- (f) intentionally causing death or injury to an animal; or
- (g) unreasonably denying the family member the financial autonomy that he or she would otherwise have had; or
- (h) unreasonably withholding financial support needed to meet the reasonable living expenses of the family member, or his or her child, at a time when the family member is entirely or predominantly dependent on the person for financial support; or
- (i) preventing the family member from making or keeping connections with his or her family, friends or culture; or
- (j) unlawfully depriving the family member, or any member of the family member's family, of his or her liberty.





- (3) For the purposes of this Act, a child is **exposed** to family violence if the child sees or hears family violence or otherwise experiences the effects of family violence.
- (4) Examples of situations that may constitute a child being exposed to family violence include (but are not limited to) the child:
- (a) overhearing threats of death or personal injury by a member of the child's family towards another member of the child's family; or
  - (b) seeing or hearing an assault of a member of the child's family by another member of the child's family; or
  - (c) comforting or providing assistance to a member of the child's family who has been assaulted by another member of the child's family; or
  - (d) cleaning up a site after a member of the child's family has intentionally damaged property of another member of the child's family; or
  - (e) being present when police or ambulance officers attend an incident involving the assault of a member of the child's family by another member of the child's family.



- Direct courts to give greater weight to a **child's safety as a primary consideration** in determining what is in the **child's best interest**
- Prioritise in **parenting agreements** a child's safety
- **Remove the „friendly parent' provision** as an additional consideration
- Direct courts, when considering applications for parenting orders, to inquire about past or future risk of family violence  
(risk assessment)
- the FLA does **not require independent verification** of allegations of family violence for a court to be satisfied that violence had occurred



Und noch mehr gute Gesellschaft...



***Konvention des Europarates gegen Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt (Istanbul-Konvention)***

Die Istanbul-Konvention ist das erste rechtsverbindliche Dokument, das explizit Verpflichtungen der Staaten festlegt, gegen gender-spezifische Gewalt gegen Frauen in Friedens- und Kriegszeiten und häusliche Gewalt vorzugehen und Beratung, Schutz und effektive Rechtsmittel für gewaltbetroffene Frauen zu gewährleisten.

Der GREVIO-Ausschuss (Group of experts on action against violence against women and domestic violence) wird für die Überwachung der Umsetzung der Konvention zuständig sein und kann in Situationen schwerer oder systematischer Gewalt gegen Frauen Eiluntersuchungen vor Ort vornehmen.

Die Konvention, die seit 2011 gezeichnet werden kann, ist international noch nicht in Kraft getreten. Deutschland hat am 11. Mai 2011 gezeichnet und eine zeitnahe Ratifizierung angekündigt.



## Article 31 – Custody, visitation rights and safety

- 1 Parties shall take the necessary legislative or other measures to ensure that, in the determination of custody and visitation rights of children, incidents of violence covered by the scope of this Convention are taken into account.
- 2 Parties shall take the necessary legislative or other measures to ensure **that the exercise of any visitation or custody rights does not jeopardise the rights and safety of the victim or children.**



## Article 51 – Risk assessment and risk management

- 1 Parties shall take the necessary legislative or other measures to ensure that an **assessment of the lethality risk, the seriousness of the situation and the risk of repeated violence is carried out by all relevant authorities in order to manage the risk and if necessary to provide coordinated safety and support.**
- 2 Parties shall take the necessary legislative or other measures to ensure that the assessment referred to in paragraph 1 duly takes into account, at all stages of the investigation and application of protective measures, the fact that perpetrators of acts of violence covered by the scope of this Convention possess or have access to firearms.



## **Article 52 – Emergency barring orders**

Parties shall take the necessary legislative or other measures to ensure that the competent authorities are granted the power to order, in situations of immediate danger, a perpetrator of domestic violence to vacate the residence of the victim or person at risk for a sufficient period of time and to prohibit the perpetrator from entering the residence of or contacting the victim or person at risk. Measures taken pursuant to this article shall give priority to the safety of victims or persons at risk.



## Article 53 – Restraining or protection orders

- 1 Parties shall take the necessary legislative or other measures to ensure that appropriate restraining or protection orders are available to victims of all forms of violence covered by the scope of this Convention.
- 2 Parties shall take the necessary legislative or other measures to ensure that the restraining or **protection orders** referred to in paragraph 1 are:
  - available for immediate protection and without undue financial or administrative burdens placed on the victim;
  - issued for a specified period or until modified or discharged;
  - where necessary, issued on an *ex parte* basis which has **immediate effect**;
  - available irrespective of, or in addition to, other legal proceedings;
  - allowed to be introduced in subsequent legal proceedings.
- 3 Parties shall take the necessary legislative or other measures to ensure that **breaches of restraining or protection orders** issued pursuant to paragraph 1 shall be **subject to effective, proportionate and dissuasive criminal or other legal sanctions**.



***Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von  
Diskriminierung der Frau***  
**(Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination  
against Women = CEDAW)**

Generalversammlung der der UNO vom 18.12.1979

In Kraft getreten am 03.09.1981

Deutschland: gezeichnet 17. 07.1980; ratifiziert 10.07.1985

→ ***Individualbeschwerdeverfahren***

ein von den Vereinten Nationen eingeführtes Kontrollverfahren zum Schutz der Menschenrechte

Nach Ausschöpfung aller innerstaatlichen Rechtsbehelfe können Einzelpersonen, die behaupten, in ihren Rechten verletzt worden zu sein, sich bei einem UN-Vertragsorgan beschweren. Derzeit gibt es mit Blick auf fünf Menschenrechtsverträge solche Individualbeschwerdeverfahren, weitere sind im Gespräch. Die Entscheidungen der Vertragsorgane sind öffentlich. Auch viele Sonderberichterstatter/innen nehmen Beschwerden von Individuen an. Sie fordern die jeweiligen Staaten zur Aufklärung des Falles auf und berichten jährlich über eingegangene Beschwerden.



## ***Übereinkommen über die Rechte des Kindes*** **Convention on the Rights of the Child (CRC)**

Generalversammlung der UNO vom 20.11.1989

In Kraft getreten am 02.09.1990

Deutschland: gezeichnet: 26.01.1990; ratifiziert: 6.03.1992

Am 3. Mai 2010 hat das Bundeskabinett die Rücknahme der Erklärungen/Vorbehalte zur Kinderrechtskonvention beschlossen.

Am 17. Juni 2011 hat der Menschenrechtsrat einstimmig dem Entwurf für ein 3. Fakultativprotokoll zur zugestimmt, das ein ***Individualbeschwerdeverfahren*** sowie ein Untersuchungsverfahren bei schwerwiegenden und systematischen Menschenrechtsverletzungen vorsieht. Das Fakultativprotokoll wurde von der UN-Generalversammlung am 19. Dezember 2011 verabschiedet. Der Ratifikationsprozess hat 2012 begonnen. Mit der 10. Ratifikation tritt der Vertrag dann in Kraft.



United Nations:

## **Commission on the Status of Women**

4. – 15. März 2013, New York

„Elimination and prevention of all forms of violence  
against women and girls“





## Fazit

Von „häuslicher Gewalt“ (mit)betreffene Kinder müssen in den Anwendungsbereich des GewSchG einbezogen werden.

Die Sicherheit der Frau und ihrer Kinder hat Vorrang vor der kooperativen Elternschaft und dem „un-unterbrochenen“ Umgang. Familiengerichte sind dazu angehalten insbesondere in Verfahren des Umgangs und der elterlichen Sorge das Kindeswohl im Sinne eines Vorrangs von Schutz und Sicherheit für von Männergewalt betroffene Frauen und deren Kindern auszulegen.

*A mother is a school – empower her and you empower a great nation.*  
(Hafez Ibrahim, Egyptian poet, 1872 – 1932)



„Im Widerspiel des Unmöglichen mit dem Möglichen erweitern wir unsere Möglichkeiten.“  
*Ingeborg Bachmann.: Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar*



Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Bei Fragen:  
[susanne.nothhafft@ksfh.de](mailto:susanne.nothhafft@ksfh.de)